Regierung gegen die Millionen Werktätigen überall unterstützen.

Christliche Arbeiter!

Ihr spürt mit uns die Stockschläge auf den Magen, die euch Brünings Notverordnungen, Hungerschiedssprüche und Gummiknüppelhiebe der Zentrumspolizeipräsidenten versetzen. Ihr gehört ebenfalls hinein in die revolutionäre Front der RGO, in die Reihen der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter und Arbeiterinnen, die den Kampf gegen die Hungerdiktatur und Kapitalsoffensive, gegen Streikbrecher und Lohnräuber durchzuführen begonnen haben.

Männer, Frauen und Jugendliche!

Die Zeit drängt zum Kampf. Das Trustkapital, die Regierungsparteien, die Gewerkschaftsbürokraten aller Richtungen sind fest entschlossen und versuchen ihre Ziele mit dem Mittel eines ständig gesteigerten faschistischen Kampfes durchzusetzen.

Die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition rufen euch

zum Widerstand, zu Massendemonstrationen, zum Gegenangriff und zur Gegenoffensive, zum Streik!

Die Waffe des politischen Massenstreiks und ihre erhöhte Anwendung muß und kann die Durchführung der räuberischen faschistischen Diktatur verhindern.

Wo man euch angreift, setzt euch zur Wehr. Auf alle Angriffe der Unternehmer und der Regierung antwortet mit Massenmobilisierung, Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen und Organisierung und Durchführung des politischen Massenstreiks!

Arbeitende und Arbeitslose, schließt die einheitliche Kampffront. Mit allen Kräften heran an den Ausbau der RGO, an die große Mobilmachung in allen Betrieben und Stempelstellen.

Wählt rote Betriebsräte der proletarischen Einheitsfront!

Marschiert in Massen auf am 25. Februar, dem Weltkampftag gegen Arbeitslosigkeit!

Zentralkomitee der KPD
Reichsleitung der RGO

Lohnraub-Schiedsspruch für Leipziger Metallarbeiter

Für die Leipziger Metallarbeiter, die nicht unter den Lohntarif der sächsischen Metallarbeiter fallen, wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen 6½prozentigen Lohnraub vorsieht. Die reformistische Bürokratie des DMV Leipzig, unter der Führung des „linken" Schäfer, versucht mit allen Mitteln die Arbeiter für diesen Schandschiedsspruch zu gewinnen. Zahlreiche Betriebe Leipzigs haben sich gegen jeden Lohnraub ausgesprochen. Die Aufgabe der RGO muß es nun sein, in Betriebsversammlungen den Metallarbeitern Sachsens aufzuzeigen, daß dieser Schiedsspruch nur möglich war durch den Verrat der Reformisten an den übrigen sächsischen Metallarbeitern. Nehmen die Leipziger Metallarbeiter diesen Lohnraub kampflos hin, dann wird schon in wenigen Monaten ein neuer Lohnraub durchgeführt werden. In einer Front mit den sächsischen Gemeindearbeitern müssen die Leipziger Metallproleten zur Organisierung einer einheitlichen, geschlossenen Streikfront übergehen und durch die Aufnahme des Streiks diesen Lohnraubschiedsspruch zu Fall bringen.

Lohnraubvorstoß im Saargebiet

Saarbrücken, 2. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Bergwerksbesitzer im Saargebiet haben angekündigt, daß sie einen großen Lohnabbau vornehmen werden. Sie haben bereits den Gewerkschaften die Kündigung des Lohnabkommens zugestellt. Die Höhe der Lohnabbauforderungen haben die Bergherren bis jetzt noch nicht bekanntgegeben. Die Gewerkschaften erklären, daß der Lohnabbau für die Arbeiter völlig untragbar erscheint. Diese Erklärung geben die Gewerkschaften unter dem Druck der Arbeiter, die jetzt schon durch Feierschichten und besonders niedrigen Lohn größtem Elend preisgegeben sind.

Glänzende Kundgebung in Nabenau

Nabenau, 3. Februar.

Eine öffentliche Versammlung der KPD, in der Genosse Blau sprach, war außerordentlich gut, insbesondere auch von sozialdemokratischen Arbeitern, besucht. Die eingeladenen örtlichen SPD-Führer, die vor der Versammlung ihre verräterische Politik verteidigen wollten, waren natürlich nicht erschienen. Insgesamt wurden 19 Aufnahmen für den Kampfbund, 4 für die Partei gemacht und 47 Exemplare der neuen Broschüre der Genossin Maria Reese verkauft.

Ueber die Köpfe der Bürokratie hinweg

Textilarbeiter-Versammlung ruft zur Bildung von Kampfausschüssen auf

Die ersten Verhandlungen / Unternehmer fordern bis 40 Prozent Lohnkürzung / Betrugsmanöver der Bürokratie / Delegiert zur Chemnitzer Kampfkonferenz!

Dresden, 3. Februar.

Am Montag fanden in Chemnitz die Verhandlungen zwischen dem Textilarbeiterverband und den Textilindustriellen zwecks Abschlusses eines neuen Lohntarifes und Arbeitszeitabkommens statt. Die Unternehmer forderten die Wiedereinführung der im Jahre 1927 bestandenen Löhne, sowie bei den in der Kunstseidenspinnerei beschäftigten Arbeitern eine Lohnkürzung um 40 Prozent.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie stellt den demagogischen Antrag, die Löhne um 5 bis 20 Prozent zu erhöhen. Daß die Gewerkschaftsbürokratie ihren Antrag nicht im geringsten ernst nimmt, zeigt die am 27. Januar stattgefundene Gaukonferenz des Textilarbeiterverbandes, in der sich die Textilarbeiter unter Führung des „linken" Graupe gegen den Antrag der RGO wandte, der die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich forderte und darüber hinaus eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. Wenn jetzt die Bürokratie die Forderung auf Lohnerhöhung bis zu 20 Prozent stellt, so ist das eine Scheinforderung, mit der diese Lakaien der Unternehmer die Arbeiter nur betrügen wollen. Das geht ja auch daraus hervor, daß sie die 44-Stunden-Woche ohne irgendwelchen Lohnausgleich fordern, was einem Lohnraub von 8,5 Prozent gleichkommt. Die Verhandlungen, die scheiterten, sollen jetzt vor der staatlichen Schlichterkammer ihre Fortsetzung finden. Dabei wird sich zeigen, daß die Reformisten zu jedem Lohnraub bereit sind.

Die sächsische Textilarbeiterschaft darf sich durch die radikalen Phrasen der reformistischen Bonzen nicht irreführen lassen, sondern zum Kampf rüsten.

Die Textilarbeiter der Filiale Plauen-Flöha, die in einer stark besuchten Generalversammlung zu der Gaukonferenz und der Lohnbewegung Stellung nahmen, faßten mit den Stimmen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter einstimmig folgende

Resolution

„Die heute am 1. 2. 31 tagende Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Filiale Plauen-Flöha, stellt nach Entgegennahme des Berichtes über die am 27. 1. 31 stattgefundene Gaukonferenz des DTV mit Entrüstung fest, daß von der Konferenz keine Beschlüsse gefaßt wurden zur Mobilisierung der Textilarbeiter zum Kampfe gegen den bevorstehenden Lohnabbau. Die Versammlung protestiert aufs schärfste gegen die von der Konferenz beschlossene Forderung zum Arbeitszeitabkommen: 44-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Die von der Opposition geforderte 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich wurde von den Bürokraten Müller und Wolfram als Phrase bezeichnet. Der Verlauf der Konferenz zeigt der Textilarbeiterschaft, daß die sozialdemokratische Führung des DTV einen Kampf gegen den Lohnabbau verhindern will.

Die sächsische Textilarbeiterschaft schuftet seit Jahren für Hungerlöhne. Die Textilindustriellen wollen diese miserablen Löhne noch mehr kürzen. Die Generalversammlung fordert die Textilarbeiterschaft auf, über die Köpfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie hinweg den Kampf zu organisieren und aufzunehmen.

Wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse!

Bildet die kämpfende Einheitsfront!

Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!"

*

Textilarbeiter! Nehmt in Betriebs- und Verbandsversammlungen sofort Stellung zu der Gaukonferenz und der Lohnbewegung. Stellt euch hinter den Beschluß der Mitglieder von Plauen, Flöha und wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse. Schließt euch in Betriebsgruppen der RGO zusammen. Trefft alle Vorbereitungen zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub. Entsendet Delegierte zu der Konferenz der vorbereitenden revolutionären Kampfausschüsse am 15. Februar in Chemnitz. Schafft die Einheitsfront aller Textilarbeiter zum Kampf gegen Lohnraub, für Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich unter Führung der RGO!

Wir marschieren an der ganzen Front!

Glänzender Wahlsieg im Konsumverein Wittenberg / Verräter vernichtend geschlagen

Halle, 2. Februar. (Eigener Bericht.)

Im Bezirk Halle-Merseburg versuchen die Sozialfaschisten mit brutalen, finanzkapitalistischen Mitteln die Zerstörung der roten Konsumvereine. Durch sofortige Rückforderung alter hypothekarischer Darlehen von 400 000 Mark brachte die GEG die Vereine von Halle-Merseburg in katastrophale Finanzschwierigkeiten. Dieser schändliche Ueberfall versetzte die Arbeiterschaft — wie das in gewaltigen Massenversammlungen und Demonstrationen zum Ausdruck kam — in helle Empörung. Das zeigt sich jetzt auch in dem überwältigenden Wahlsieg der KPD in Wittenberg. Dort saßen bisher 37 Kommunisten und 28 Brandleristen und Sozialfaschisten in der Vertreterversammlung. Am Sonntag erhielten bei der Neuwahl die Kommunisten 60, die Sozialdemokraten 10 Sitze. Die Brandleristen, unter Führung des Renegaten Paßüner, sind vernichtend geschlagen. Das ist eine schallende Ohrfeige für diese Lügenlieferanten der SPD-Presse. Die hahnebüchensten Schwindelmeldungen über Halle und Merseburg verwandelten sich infolge der Initiative der Partei zum Schlage gegen die Arbeiterbetrüger. Das Zusammengehen mit Bürgerlichen auf einer Liste und das Inserieren ihres Wahlaufrufs über Halle und Merseburg in der bürgerlichen Presse hat den Brandleristen und Sozialfaschisten nichts mehr genutzt. Sie haben den Arbeitern nur erneut bewiesen, für wen die Sozialfaschisten ihren finanziellen Raubzug auf die roten Konsumvereine von Halle-Merseburg betreiben. Die Arbeitermassen, die den stürmischen Kampf um die roten Konsumvereine Mitteldeutschlands gegenwärtig unmittelbar mitmachen, haben durch den Wittenberger Wahlsieg den Arbeiterfeinden eine schlagende Antwort gegeben.

Volkskongreß an der Ruhr

2100 Delegierte / 20000 Werktätige demonstrieren

Essen, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand hier der Kampfkongreß gegen den Faschismus aus dem ganzen Ruhrgebiet statt. 2100 Delegierte und hunderte Gäste nahmen an diesem Volkskongreß teil, unter ihnen befanden sich 26 SPD-Arbeiter, 4 SAJ-Genossen, 12 christliche Arbeiter, 260 Parteilose, 5 Demokraten, 9 ehemalige Nationalsozialisten und 5 ehemalige Mitglieder anderer faschistischer Organisationen, 3 Stahlhelm- und Werwolfleute, 948 Mitglieder der Kommunistischen Partei, 135 Mitglieder des KJVD. Unter den Delegierten befanden sich 288 Mittelständler, 22 Angestellte, 11 Techniker, 3 Lehrer, 238 Frauen. Minutenlanger Beifall begrüßte den Genossen Remmele, den Vorsitzenden des Kampfbundes gegen den Faschismus, der in einem instruktiven Referat die Gefahren des Faschismus und den Weg zur Niederringung desselben aufzeigte. Die sich anschließende Diskussion, an der sich Arbeiter, selbständige Handwerker, Kleingewerbetreibende, Angestellte und auch ein Nationalsozialist beteiligten, zeigten der werktätigen Bevölkerung den Kampf gegen den Faschismus unter politischer Leitung der Kommunistischen Partei. Nachmittags fand eine gewaltige Demonstration und Kundgebung statt, an der sich insgesamt 20000 Menschen beteiligten.

Auch der Bauer steht auf

Wuchtige Kampfkongresse in Pommern

Stettin, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Delegiertenversammlungen, die am Sonntag dem 1. Februar in Stettin, Greifswald und Köslin stattfanden, gestalteten sich zu wuchtigen Kampfkongressen gegen den Faschismus. Insgesamt waren 362 Delegierte anwesend, davon 236 Parteilose, 99 KPD-Mitglieder und 25 SPD- und USP-Mitglieder, 2 ehemalige Faschisten. Unter den Delegierten befanden sich 39 Frauen und 14 Jungarbeiter. Auf den Kongressen selbst herrschte eine glänzende Kampfstimmung, so daß 2 Reichsbannerarbeiter sofort in den Kampfbund eintraten. Es wurden 35 Aufnahmen für die Partei getätigt und 42 für den Kampfbund. Tausend „Fanfaren", das Organ des Kampfbundes, wurden neu bestellt.

Roter Sieg in der Bremer Jutespinnerei

Bremen, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Betriebsrätewahl bei der Bremer Jutespinnerei brachte der roten Liste einen großen Sieg. Es erhielten Stimmen: RGO 422 (7 Sitze), Reformisten 253 (4 Sitze). Die Belegschaft ist gegenüber dem Vorjahre um 400 bis 500 Arbeiter und Arbeiterinnen verringert worden. Nach dem unter oppositioneller Führung durchgeführten Streik gegen Lohnabbau wurden die führenden Kollegen der RGO gemaßregelt. Trotz alledem ist es den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie nicht gelungen, eine überwältigende rote Mehrheit bei der Betriebsrätewahl zu verhindern.

Die Stahltänige packen schon zu

20prozentiger Akkordlohnabzug

Düsseldorf, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Herren von den Vereinigten Stahlwerken haben es eilig bei der Durchführung des Lohnraubes. Noch sind die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern über den schamlosen Vorschlag, die Löhne der Belegschaft der Hütte Ruhr-Ort-Meiderich um 20 Prozent herabzusetzen, noch nicht beendet und schon beginnen Vorstöße der Unternehmer in den übrigen Betrieben. Die Direktion des Düsseldorfer Röhrenbetriebs und von Röhrenhütte Hilden hat den Versuch eines neuen Lohnraubes unternommen. Bei Röhrig begann die Aktion im Rohrwerk 2. Dort wird beabsichtigt, einen Abzug pro Mann und Schicht um 2 Mark vorzunehmen. In Hilden hat die Direktion eine Bekanntmachung herausgegeben und einen 20prozentigen Akkordlohnabzug angekündigt.

„Wir werden zu antworten wissen!"

Rede unseres Führers Thälmann am Grabe unseres ermordeten Genossen 12 000 Arbeiter demonstrieren

Hamburg, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Montag fand eine gewaltige Massendemonstration gegen den Faschismus und Polizeiterror anläßlich der Beerdigung des von der Polizei in Geesthacht erschossenen Genossen Heck statt. Ein ungeheurer Zug formierte sich hinter dem Sarg. Es wurden über 100 Fahnen gezählt, zahllose Kranzdelegationen. Die Straßen standen dicht gedrängt von Menschen. Tausende erwarteten den Zug auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Am Grab, wo über 12000 Menschen standen, um ihrem Klassenkämpfer die letzte proletarische Ehre zu erweisen, hielt der Führer des deutschen Proletariats, Genosse Thälmann, eine programmatische Rede, in der er ausführte:

„Wenn die Bourgeoisie mit den Mitteln der brutalen Gewalt und rücksichtsloser Diktatur versucht, den Kampf der Arbeiterklasse aufzuhalten, so werden wir zur gegebenen Zeit heraus zu antworten wissen. Die Arbeiterschaft wird niemals dulden, daß in den roten Hochburgen, die politisch und strategisch von außerordentlicher Bedeutung sind, die faschistischen Mordtruppen mit Hilfe der Polizei eindringen. Das haben sie in Geesthacht versucht. Die Vorgänge in Geesthacht zeigen deutlich, daß die Bourgeoisie versucht, mit allen Mitteln dieses System, das innerlich verrottet und verfault ist, gegen den gewaltigen Ansturm der hungernden Massen mit Hilfe brutaler Waffengewalt zu halten. Die heutige Situation ist ähnlich der von 1923, wo die Inflation die kapitalistische Wirtschaft erschütterte. Wenn wir heute auch keine Inflation in dem Ausmaße haben, so sehen wir doch eine immer stärker verfallende kapitalistische Wirtschaft, während in der Sowjetunion sich ein gewaltiger Aufbau des Sozialismus vollzieht, ein gewaltiges Anwachsen der revolutionären Massenkräfte.

Hier am Grabe schwören wir, daß wir im Sinne unserer toten Genossen von Geesthacht u. Bentheim weiter Kampfen gegen den mörderischen Faschismus und die kapitalistische Ausbeutung. Einst kommt der Tag, wo das Proletariat gemeinsam mit dem gesamten werktätigen Volk die Ausbeuter besiegt und den Sieg erringen wird."